



Jahresbericht 2009

Inhalt

1. Vorwort	
von Jean-Michel Bonvin (Präsident).....	2
Vorstand.....	4
Geschäftsstelle.....	4
2. Unklare Begriffe schaffen keine soziale Sicherheit Klarheit und Wahrheit sind verwandt	
von Andreas Dummermuth (Vize-Präsident)	5
3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2009	7
3.1. Die Frage des «Missbrauchs» in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Realitäten, Fiktionen und sozialpolitische Antworten	7
3.2. Die «Care»-Wirtschaft: Wenn wirtschaftliche Überlegung sich in den Dienst der Sozial- und Gesundheitsarbeit stellt	7
3.3. Das Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung aus fachlicher Sicht	8
3.4. Ausgesteuerte Westschweizer Arbeitslose – welche gesetzlichen Schutzsysteme, welches Profil, welche Biografie und welche Zukunftsperspektiven?	8
3.5. Altersmedizinische Forschung: Perspektiven und Grenzen	9
3.6. SVSP-Jahrestagung: Integration messen	9
4. Forschungsprojekte	10
5. Koordination, Planung	10
6. Information	10
7. Administration	10

1. Vorwort

Die Mittel zur Eigenverantwortung geben

Seit nahezu zwanzig Jahren beschreitet die Schweizer Sozialpolitik den Weg der Aktivierung: Es geht nicht mehr einfach darum, die Verlierer im wirtschaftlichen Wettbewerb zu entschädigen, sondern darum, ihnen die Mittel für eine rasche und nachhaltige Rückkehr zu einem selbständigen und unabhängigen Leben zu geben. Diese Entwicklung ist zweifellos begrüssenswert, doch sie kann auch ausarten. Denn es besteht die Gefahr, dass das Scheitern des stellenlosen oder auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Menschen ihm selbst und ausschliesslich ihm angelastet wird. Diese Gefahr ist umso ausgeprägter in Krisenzeiten oder wenn das Budget des Sozialstaates unausgewogen ist. Dann ist die Versuchung gross, die Verantwortungslosigkeit der Bezügerinnen und Bezüger von Sozialleistungen oder ihre Tendenz zum Ausnutzen der kollektiven Grosszügigkeit vorzuschieben, um Budgetkürzungen zu rechtfertigen, denn schliesslich ist es nicht Sache der Öffentlichkeit, die Konsequenzen dieser Verantwortungslosigkeit zu tragen.

Der heute hoch im Kurs stehende Missbrauchsbeginn oder die unzähligen Anspielungen auf «Armutfallen» oder «moralischen Schaden» - lauter Kritiken an den Nutzniessenden des Sozialstaats, die sich angeblich auf die gebotenen Leistungen verlassen, ohne sich um eine Änderung ihrer Situation zu bemühen – zeugen von der heutigen Tendenz, die Schuld einzig und allein den betroffenen Menschen anzulasten. Somit wären nicht die Schwierigkeiten der Schweizer Wirtschaft oder der Zustand des Arbeitsmarktes der Grund für die Schwankungen der Arbeitslosenquoten oder der Anzahl Personen, die Sozialleistungen beanspruchen. Nein, diese Situation wäre in erster Linie herbeigeführt durch Menschen, deren Neigung, die Grosszügigkeit des Sozialstaats auszunutzen (oder, wie manche sagen, zu missbrauchen), oder deren Faulheit bei der Stellensuche – aus einem unerfindlichen Grund – zugenommen hat.

Das ist erstaunlich paradox: Genau in dem Moment, wo die Schweiz vielleicht am stärksten von einer Situation der Vollbeschäftigung entfernt ist, werden tendenziell die Stellenlosen dafür verantwortlich gemacht. Die gegenwärtige Situation wäre somit das Ergebnis der – unerklärlichen und mysteriösen – Tatsache, dass die Menschen seit rund zwanzig Jahren weniger verantwortungsbewusst sind. Danach müssten die Leistungen gekürzt (oder gestrichen) werden, damit diese Menschen wieder den Sinn für Selbständigkeit und Verantwortungsbewusstsein finden. Das Argument ist vereinfachend, aber es scheint trotzdem überzeugend: Wenn all diese Sozialleistungsbeziehenden – lauter potenzielle Profiteure – nicht mehr auf die öffentliche Grosszügigkeit zählen können, geben sie sich einen Schubs und unternehmen alles, um ihrem Status als Nutzniesser des Sozialstaats zu entfliehen. Die Lösung liegt damit auf der Hand: Die Leistungen kürzen und so zwei Fliegen auf einen Schlag treffen: einerseits die Sozialversicherungen finanziell sanieren und andererseits die Autonomie der Menschen fördern. Anders gesagt, mehr Eigenverantwortung fordern genau zu dem Zeitpunkt, wo die Mittel und Voraussetzungen für diese Verantwortung am wenigsten gegeben sind.

Eine solche Politik ist zum Scheitern verurteilt: Die Sozialpolitik muss ein Instrument der gesellschaftlichen Solidarität im Dienste der Schwächsten sein und nicht ein Mittel, um sogenannte verantwortungslosen und verwerflichen Menschen eine Moralpredigt zu halten.

Die gesellschaftliche Solidarität ist alles andere als unvereinbar mit Eigenverantwortung, sie ist sogar die Voraussetzung dafür. Daran müsste man sich erinnern bei der Revision unserer Sozialgesetzgebung.

Jean-Michel Bonvin, Präsident SVSP (*Übersetzung des französischen Originaltextes*)

Vorstand

Der Vorstand des SVSP ist ehrenamtlich tätig. Mit grossen Einsatz und viel Idealismus setzen sich die Vorstandsmitglieder ein, dass jährlich ein anregendes und vielfältiges Programm angeboten werden kann.

Name/Vorname	Funktion und Tätigkeit
Bonvin Jean-Michel, Dr. (Präsident seit Juli 2008)	Professor, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Carigiet Erwin, Dr. iur. (Präsident bis Juni 2008)	Direktor Stadtspital Triemli, Zürich
Dummermuth Andreas, lic. iur. (Vize-Präsident)	Direktor, Ausgleichskasse Schwyz, Schwyz
Fragnière Jean-Pierre, Dr.	Professor emerit., Université de Genève, Professor und wissenschaftlicher Direktor INAG
Hugentobler Valérie, lic.ès sciences politiques	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Universität Genf
Kaegi Urs, lic. phil. I	Professor, FHNW, Leiter, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung, Basel
Koch Uwe, lic. iur.	Dozent für Soziapolitik und Sozialversicherung an der Fachhochschule für Soziale Arbeit Zürich
Nova Colette, lic. iur.	Geschäftsleitende Sekretärin, Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern
Ryser Simon, Dr. iur.	Vertreter AGILE
Schiavi Rita, lic. phil. I	Mitglied der Geschäftsleitung Unia, Basel
Wächter Matthias, Dr. sc. nat.	Persönlicher Mitarbeiter der Vorsitzenden der Geschäftsleitung, SRK Kanton Zürich

Geschäftsstelle

Nicht zuletzt dank der Professionalität der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle konnten die für 2008 gesetzten Ziele erreicht werden. Vielen Dank den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für das Engagement.

Name/Vorname	Funktion bei der SVSP
Knupfer Caroline, lic. ès sciences sociales	Geschäftsführerin
Zwygart Thomas	Buchhaltung und Mitgliederverwaltung
Zwygart Denise	Stellvertretende Geschäftsführerin, Sekretariat

2. Unklare Begriffe schaffen keine soziale Sicherheit Klarheit und Wahrheit sind verwandt

Dem Kampf gegen die semantische Umweltverschmutzung wird leider viel zu wenig Beachtung geschenkt. Aber eben, es ist schon so: Wer nicht klar schreibt, denkt auch nicht klar. Und umgekehrt. Gerade im Feld der sozialen Sicherheit kann der Griff in die falsche Begriffskiste verheerend sein. Deshalb mein Anliegen: Verwenden wir klare Begriffe.

Die Information ist ein Produkt der Sozialversicherung. Ein Unfallversicherer oder eine Ausgleichskasse lebt nicht nur davon, dass sie innert nützlicher Frist und sachlich korrekt eine Rentenverfügung vorbereiten kann, sondern sie muss der versicherten Person wichtige Zusatzinformationen geben. Hier sind erfreuliche Resultate zu erkennen: Kostenlose prognostische Rentenberechnungen sind Alltag, die Rentenverfügungen sind aussagekräftig und nachvollziehbar – zudem erhalten die Versicherten eine prägnante Information über die Möglichkeiten der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV. Information statt Werbung also. Einzig die Krankenkassen haben von der PR-Branche gelernt, wie man es nicht machen soll. Anstelle von Wohlfühlwerbung auf Grossformat ist Sachinformation auf A4 angesagt. Information über soziale Sicherheit soll so sachlich wie Packungsbeilagen sein, statt so emotional wie die TV-Werbung vor der Tagesschau.

Aber auch in der Diskussion um die Sozialpolitik finden sich immer wieder „Fehlbegriffe“. Besonders der Begriff „Missbrauch“ ist schillernd und verlockend. Wer ihn unbedarft verwendet, muss sich nicht wundern, dass ein Teil des Drecks, den man aufwirbelt, auch an den eigenen Händen kleben bleibt. Wer „Missbrauch!“ ruft, wird sehr schnell damit konfrontiert, weshalb er denn nichts dagegen tut. Achten wir also darauf, auf welche Tasten wir drücken, welches Vokabular wir in den Podiumsdiskussionen und in den Tischgesprächen verwenden.

Wenn wir von Betrug sprechen, dann handelt es sich zwingend um ein Delikt, das strafrechtlich geahndet wird. Ebenso bei Urkundenfälschung, Veruntreuung, usw. Die Klarheit des Strafgesetzbuches, das diese Straftatbestände klar definiert, ist ein Schutz für die Kommunikation. Wir können eindeutige technische Begriffe verwenden.

Missbrauch hingegen ist kein strafrechtlich relevanter Begriff. Der Bundesgesetzgeber hat dies mit der 5. IV-Revision mit Art. 59 Abs. 5 IVG skizziert: „Zur Bekämpfung des ungerechtfertigten Leistungsbezuges können die IV-Stellen Spezialisten beiziehen.“ Hier geht es um mehr als Betrug. Es geht darum, dass es Personen gibt, die Leistungen erhalten, auf die sie eigentlich keinen Anspruch haben. Es werden also wichtige verwaltungsrechtliche Spielregeln verletzt. Missbrauch ist nicht weniger schlimm als Betrug, ist aber auf einer anderen Ebene von Bedeutung. Und auch Missbrauch gilt es konsequent zu verhindern und zu bekämpfen.

Fehlanreize hingegen sind Konstruktionen, bei denen die versicherte Personen eigentlich nichts falsch macht: Sie verletzt keine Bestimmungen des Strafrechts, sie verletzt keine Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts. „Ich bin doch nicht blöd!“, so hören wir es aus der Werbung eines Multimedia-Discounters. In unserem Fall heisst dies, dass ich irgendwo irgendetwas abrechne, nur damit ich andernorts etwas mehr Geld erhalte.

Regelkonform, aber nicht im Sinn des Erfinders. Optimierungshelfer gibt es übrigens in professioneller Form für Steuern und Sozialversicherungen in allen Ecken des Landes. Das klassische Beispiel ist die privilegierte Dividendenbesteuerung, die zulasten des AHV-Beitragssubstrates geht. Unschön für die Sozialwerke, aber in Kauf genommen vom Souverän.

Moral Hazard – wörtlich übersetzt „sittliche Gefährdung“, aber so im deutschen Sprachgebrauch nicht verwendet – ist eine weitere Form. Moral Hazard droht, wenn es einen Widerspruch gibt zwischen dem, was für die Allgemeinheit, und dem, was für das Individuum vernünftig ist. Eigentlich brauche ich keine Prämienverbilligung, aber ich habe gerade noch Anspruch darauf. Soll ich nun einreichen? Ich bin in einem Dilemma, aber weit von Betrug und Missbrauch weg.

Bei der öffentlichen Diskussion und vor allem bei der politischen Weiterentwicklung der Spielregeln für die soziale Sicherheit müssen wir darauf achten, dass wir möglichst klare Begriffe verwenden. Sonst fachen wir ein Feuer an, an dem wir uns selber die Hände verbrennen.

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik hat auch im Jahr 2009 durch Veranstaltungen und Diskussionen wertvolle Beiträge an diese Diskussion geleistet: Gegen sprachliche Umweltverschmutzung, für transparente Reflexion über Stand und Zukunft der sozialen Sicherheit in der Schweiz.

Andreas Dummermuth, Vize-Präsident

3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2009

3.1. Die Frage des «Missbrauchs» in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Realitäten, Fiktionen und sozialpolitische Antworten

Freiburg, 15.-16. Januar 2009

Von der SVSP und den Forschungskomitees «Wirtschaftssoziologie» und «Soziale Probleme» der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie gemeinsam organisierte Tagung

Die Missbrauchsfrage prägt die Geister und die öffentlichen Auseinandersetzungen in Medien und Politik. In den heutigen Missbrauchsdiskussionen stehen die grundsätzlichen Fragen der zunehmenden sozialen Ungleichheiten, der Verteilungsgerechtigkeit, der Abnahme von Solidarität und Vertrauen im Vordergrund. Die Tagung in Freiburg hat es erlaubt, die Problematik des «Missbrauchs» in seinen verschiedenen Facetten – die eine ganze Reihe von illegitimen oder illegalen Verhalten in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft umfassen – sowie die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf diese Erscheinung zu beleuchten. Dabei verdienen die beiden Referate vor dem Plenum besondere Erwähnung: Emmanuel Renault (Ecole Normale Supérieure, Lyon) analysierte den Begriff Missbrauch unter dem philosophischen Blickwinkel, bevor er eine stimulierende Anwendung davon auf die Frage des Missbrauchs am Arbeitsplatz vorschlug, während Nico Stehr aufzeigte, wie sich die wirtschaftliche Tätigkeit mit den beiden Seiten Produktion und Konsum zwischen der Marktlogik und dem Anspruch auf Ethik und Moral bewegt. Die zahlreichen Workshops an den beiden Seminartagen gaben die Gelegenheit, die Frage des Missbrauchs in der Sozialpolitik, auf dem Arbeitsmarkt oder auch bezüglich Korruptionsercheinungen analytisch begründet anzugehen. Auch die der Missbrauchsdiskurs in den Medien sowie Fragen im Zusammenhang mit Vertrauen, Legitimität und Stigmatisierung stiessen auf grosse Aufmerksamkeit. Insgesamt war diese Tagung, an der über 80 Personen aus der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Belgien teilgenommen haben, ein grosser Erfolg sowohl beim Publikum als auch bei den lokalen Medien. Die Veröffentlichung der Tagungsdokumente ist in Vorbereitung.

3.2. Die «Care»-Wirtschaft: Wenn wirtschaftliche Überlegung sich in den Dienst der Sozial- und Gesundheitsarbeit stellt

Lausanne, 28. Januar 2009

Von der EESP mit Unterstützung der VSVP und des REA organisierte Studientagung

An dieser Studientagung zum Thema «Care» waren 80 TheoretikerInnen und PraktikerInnen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich aufgefordert, das wirtschaftliche Modell, das ihrer Arbeit zugrunde liegt, zu hinterfragen.

Drei Referentinnen und ein Referent haben einen diskussionsreichen Tag eröffnet. Catherine Mamboury Joyet (Association lausannoise pour la santé et le maintien à domicile ALSMAD) sprach vom «Stempel der Wirtschaft in der täglichen Arbeit des Sozial- und Gesundheitspersonals», Marianne Modak (EESP) befasste sich mit dem Thema «Sozialarbeit und die Professionalisierung der Betreuungstätigkeit», Jean-Michel Bonvin (EESP und Präsident der SVSP) warf die Frage auf, ob «die neuen Modelle für Public Management eine benutzerfreundliche Betreuung fördern», während die Basler Ökonomin Mascha Madörin «die aktuellen Fragestellungen und Diskussionen zur Care-Wirtschaft» vorgestellt hat.

Am Nachmittag fanden drei parallel geführte Workshops statt zu folgenden Themen: 1) Sind die zur Verfügung stehenden Management-Werkzeuge vereinbar mit der «Care»-Arbeit? 2) Wann und unter welchen Bedingungen kann man von einer «Care»-Leistung sprechen? 3) Können die Sozial- und Gesundheitsleistungen rationalisiert und standardisiert werden?

Dieser Tag erlaubte es, grundlegende Fragen zur Umsetzung der Sozialpolitiken zu vertiefen: Wie können angesichts der vielen Budgetrestriktionen Solidarität, Betreuung und Wirtschaftlichkeit zum Tragen kommen? Wie ist dem politischen Wunsch nach Quantifizierung der Performance einer Sozialpolitik oder einer Sozial-Gesundheits Institutionen zu begegnen? Wie kann das New Public Management mit seinem Schwergewicht auf Effizienz, Produktivität, Leistung, Flexibilität usw. im Care-Bereich angewandt werden? Drei der im Plenum vorgestellten Beiträge wurden in der letzten Nummer 2009 der Zeitschrift Olympe veröffentlicht.

3.3. Das Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung aus fachlicher Sicht

Biel, 12. März 2009

Nationale Tagung der SKOS, der ARTIAS und der SVSP

Die Diskussion um ein Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung dauert bereits über 100 Jahre an: Im Jahr 1905, als die Armenpflegerkonferenz (die Vorgängerin der heutigen Konferenz für Sozialhilfe), gegründet wurde, kam der Wunsch nach einem «eidgenössischen Armengesetz» auf. Heute – ein Jahrhundert später – rangiert das Thema wieder auf der politischen Agenda.

Im Zentrum der Tagung standen fachliche Überlegungen, die bei der Schaffung eines Bundesrahmengesetzes zur Sozialhilfe von Bedeutung sind. Auch die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen wurde im Rahmen der Veranstaltung thematisiert. Mit der Erarbeitung von konkreten Vorschlägen hat die Tagung der Vorlage einen weiteren Impuls vermittelt. Spezifische Aspekte, die in einem Rahmengesetz zu regeln wären, wurden in Workshops vertieft.

3.4. Ausgesteuerte Westschweizer Arbeitslose – welche gesetzlichen Schutzsysteme, welches Profil, welche Biografie und welche Zukunftsperspektiven?

Genf, 13. Mai 2009

Von der HES-SO mit Unterstützung der SVSP und des REA organisierte Studientagung

In den 1990er Jahren ist ein neues Phänomen aufgetaucht: die Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf AVIG-Taggelder mehr haben. Dies hat zahlreiche Kantone dazu bewogen, kantonale Gesetze zu erlassen, die spezielle Massnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose vorsehen. Solche Vorkehrungen sollen verhindern, dass diese Bevölkerung Sozialhilfe beantragen muss. Dazu schaffen sie eine «Pufferzone» zwischen dem Versicherungswerk des AVIG und der Sozialhilfe. Sinn und Nutzen dieser Vorkehrungen wurden während der ganzen Studientagung hinterfragt.

Ginette Herman (UCL, Belgien) wies mit Nachdruck auf die verheerenden Auswirkungen der Stigmatisierung hin, welche die Langzeitarbeitslosen erleben.

Sie zeigte auch, welche Strategien die Betroffenen entwickeln, um die Auswirkungen dieser Stigmatisierung zu lindern. Daniel Aeppli (Basel) seinerseits stellte eine Längsschnittstudie vor, die über 10 Jahre in der Schweiz durchgeführt wurde mit dem Ziel, ein genaueres Bild zu erhalten über das soziodemografische Profil der ausgesteuerten Arbeitslosen und ihre Zukunftsaussichten auf dem Stellenmarkt. Nach diesen beiden Referaten befassten sich PraktikerInnen und ForscherInnen in Workshops mit folgenden Themen: 1) Ist eine Harmonisierung der für ausgesteuerte Arbeitslose vorgeschlagenen Massnahmen wünschenswert? 2) Müssen sich die kantonalen Massnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose von den bedarfsabhängigen Leistungen der Sozialhilfe unterscheiden? 3) Welche Rolle spielt die Sozialarbeit im Rahmen der für ausgesteuerte Arbeitslose vorgeschlagenen Massnahmen? Die Tagung, an der nahezu 80 Personen teilgenommen haben, führte zu einem sehr reichen und fruchtbaren Meinungsaustausch und erlaubte es so, eine in der heutigen Krisenzeit zentral wichtige Thematik zu vertiefen. Die Veröffentlichung der Tagungsdokumente ist in Vorbereitung.

3.5. Altersmedizinische Forschung: Perspektiven und Grenzen

27. August 2009 in Zürich

Gesundheits- und Umweltdepartement unter dem Patronat der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie und der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik

In unserer heutigen Gesellschaft wächst die Gruppe der hochbetagten Menschen am schnellsten, was nach einer Intensivierung der altersmedizinischen Forschung ruft. In der geriatrischen Forschung geht es hauptsächlich darum, Erkenntnisse zu gewinnen, dank denen die medizinischen Dienstleistungen optimiert werden können. Dies mit dem Ziel, die Lebensqualität betagter Menschen möglichst lange möglichst hoch zu erhalten. Gesundheitspolitisch relevante Forschungsfelder beziehen sich auf Fragen wie zum Beispiel die Verhinderung von Pflegebedarf und Behinderung, das heisst sie fokussieren auf einige der wichtigsten gesundheitlichen Störungen betagter Menschen, wie Osteoporose, Stürze, Demenzen usw. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung scheinen die Forschungsanstrengungen zu Gunsten der hochbetagten Bevölkerung gering. An der Tagung wurde den Gründen dafür nachgegangen, diskutiert, in welchen Bereichen heute ein besonderer Forschungsbedarf besteht und kritisch hinterfragt, wer die Forschungsagenda definiert und wo die Schwierigkeiten der Forschung mit alten Menschen liegen

3.6. SVSP-Jahrestagung: Integration messen

Zur Wirksamkeit von Integrationsmassnahmen – insbesondere für Menschen mit Behinderungen

22. September 2009 in Bern

Das Thema der Integrationsmessung steht in der Schweiz noch am Anfang. Die Tagung hatte deshalb drei Hauptziele: Einerseits sollte das Interesse der Fachwelt und der Politik geweckt werden – es geht letztlich auch darum, ob das Geld der Invalidenversicherung richtig ausgegeben wird. Zum zweiten sollte der Stand der Forschung und der Praxis bekanntgemacht werden, auch in angrenzenden Politikbereichen mit ähnlichen Fragestellungen (Armut, Migration).

Und drittens bot die Tagung der interessierten Öffentlichkeit erstmals die Gelegenheit, sich in einem Tag umfassend darüber zu informieren, welches Wissen und welche Instrumente, Methoden und Ideen zur Integration im Inland und Ausland vorhanden sind.

Am Anfang standen zwei Grundsatzreferate, welche dazu aufforderten, genauer über die Inhalte von Integration/Inklusion nachzudenken, über die Ziele und wozu man sie messen will, aber auch darüber, was die Begriffe für jede und jeden persönlich und ihre Arbeitsbereiche bedeuten.

Eine Konkretisierungsstufe tiefer zeigten Forschungsberichte, dass in Teilbereichen durchaus Ansätze zur praktischen Umsetzung vorliegen, um Aspekte der Integration zu messen. Diesen Beiträgen gegenüber stand dann die Position der Realpolitik mit ihrem Bedürfnis, Komplexität zu reduzieren. Die Absage an die Forschung seitens des Vertreters des Bundesamts für Sozialversicherungen klang auch wie ein Hilferuf, der hoffen lässt, dass die beiden Positionen sich annähern können und es zukünftig zu einer Zusammenarbeit mit längerfristiger Perspektive kommen wird

4. Forschungsprojekte

Die Weiterentwicklung ihrer Sozialpolitik und zukünftige Ausgestaltung des Netzes der sozialen Sicherheit ist eine wichtige Herausforderung für die Schweiz. Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) hat sich das Ziel gesetzt, mit Hilfe einer E-Learning Plattform einen Beitrag zur angemessenen Bildung von Jugendlichen im Bereich «Sozialpolitik, Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit» bereits auf der Ebene Berufsschulen und Sekundarstufe II zu leisten.

Im Herbst 2009 startete die SVSP in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Fachstelle für Neues Lernen, eine Vorstudie, in deren Rahmen der Prototyp einer E-Learning Plattform entwickelt wird. Die Vorstudie klärt die Bedürfnisse der LehrerInnen, denen eine wichtige Rolle als Mediatoren zukommt, eine geeignete Einbindung in die spezifischen Rahmenlehrpläne der verschiedenen Schulformen sowie Kooperationsmöglichkeiten ab. Sie wird im Frühjahr 2010 abgeschlossen und als Grundlage für den Übergang ins Hauptprojekt dienen.

5. Koordination, Planung

An der Generalversammlung im August wurde Esteban Piñeiro, Fachhochschule Nordwestschweiz, in den Vorstand gewählt.

6. Information

Die SVSP informiert ihre Mitglieder und weitere Interessierte regelmässig über Veranstaltungen oder Publikationen in Form eines elektronischen Newsletters. Im Jahr 2009 wurden 3 deutschsprachige und 3 französischsprachige Newsletter verschickt.

7. Administration

Die SVSP verzeichnete in diesem Jahr 5 Eintritte (3 aus der Deutschschweiz und 2 aus der Romandie) und 5 Austritte (3 aus der Deutschschweiz und 2 aus der Romandie). Sie zählt insgesamt 267 Mitglieder.

Bern, 1. Juli 2010